

# Berliner Tageblatt

Nr. 431 \* Ausgabe B Nr. 214  
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 431

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Die Mörder Erzbergers festgestellt

### Die Namen der beiden Mörder.

Hausfuchungen in München.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

München, 13. September.

Der badische Oberstaatsanwalt Schlimm ist in Begleitung des Staatsanwalts Burger und des Landgerichtsrats Egger in München eingetroffen. Auf seine Veranlassung ließ die Polizeidirektion in dem Hause Magimiliansstraße 33, in dem die schlagigen Mörder Erzbergers, Student **Seinrich Tilsen** und Kaufmann **Seinrich Schulz**, bis kurz vor der Tat in zwei verschiedenen Stockwerken wohnten, eine Hausfuchung vornehmen. Dabei wurde flüchtelndes Material beschlagnahmt, das die Täterhaft der beiden feststellt. Die weitere Untersuchung erstreckt sich auch nach der Richtung, ob Tilsen und Schulz für den Mord an dem Abgeordneten Garai ebenfalls in Frage kommen.

Die badische Staatsanwaltschaft in Offenburg teilt mit, daß als Mörder Erzbergers ermittelt sind:  
1. der am 20. Juli 1893 in Saalfeld a. d. Saale geborene, seit Ende April 1921 in München, zuletzt Magimiliansstraße 33 wohnhafte Kaufmann **Seinrich Schulz**;

2. der am 27. November 1894 in Aden-Gindensthal geborene, seit Mai 1920 in München, Magimiliansstraße 33, wohnhafte stud. jur. **Seinrich Tilsen**.  
Schulz ist der Täter, dessen linkes Ohr am oberen Rand verkümmert ist. Die Feststellung der Mörder ist durch die badische Polizei erfolgt.

### Verhaftungen in Berlin.

Von der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums wird uns noch das folgende mitgeteilt: Die Namen der Mörder Erzbergers waren dem Polizeipräsidium bereits seit einer Reihe von Tagen bekannt. Im Interesse der Verfolgung der Täter hielt man das einweisen geheim. Es wurden in den letzten Tagen mehrere Persönlichkeiten in Berlin verhaftet, die mit den Mördern in Verbindung gestanden haben. Diese Verhaftungen haben sehr interessantes Material ergeben und haben erwiesen, daß die Fäden bis nach München, zu rechtsradikalen Kreisen, reichen. Die beiden Mörder gehörten der **Brigade Eghardt** an. Sie wohnten noch Anfang August bei einer Familie in einem Vorort Berlins und reisten dann plötzlich nach Süden ab, offenbar, um Erzberger systematisch zu verfolgen und dann umzubringen.

## Randglossen zur Völkerbundstagung.

Der zufriedene Lord Cecil. — Drantings Anklagerede. — Der Ankläger Lafontaine. — Amerika und das Weiterleben. (Von unserem Korrespondenten)

st. Gené, 10. September.

Es ist bitter für einen Deutschen, in dieser Verammlung die Vertreter von Siam, Haiti, Liberia und anderen erdlichen Staaten über die europäische Verhältnis-Entwicklungen treffen zu sehen, von denen das eigene Vaterland wie ein Geächteter ausgeschlossen ist. Es ist bitter, die Selbstverständlichkeit zu bemerken, mit der über Deutschlands vitalste Interessen und elementarsten Gefühle achlos hinweggegangen wird. Aber bitterer als dies alles war der Rückblick eines Mannes wie Lord Cecil an den Völkerbundstag für die angeblich so glückliche Behandlung der Fragen des Saargebietes und der Freistadt Danzig. Das Saargebiet hat eine französische Besatzung, aber der Bericht des Völkerbundes betreibt, daß es eine Besatzung sei, es sei ja nur eine „Garnison“. Deutschland beschwert sich über die Einführung der Frankenswährung. Der Bericht erklärt, der Friedensvertrag bedinge keineswegs die alleinige Geltung der Mark. Deutschland beschwert sich über die brutale Ausweisung von Saarbürgern aus ihrer Heimat. Der Bericht aber weiß, daß es alles „Rangermanisten“ sind! (Ich kenne die Verhältnisse im Saargebiet nicht, um so besser kenne ich die im besetzten Hessen. Da können wir jederzeit den amtlichen Beweis liefern, daß die Franzosen Demokraten, Sozialisten und Pazifisten unter dem Vorwand des „Rangermanismus“ zu Gefängnis verurteilt und ausgewiesen haben.) Deutschland beschwert sich über die Regelung des Eisenbahnverkehrs. Aber der Bericht erklärt, es sei so am präzisesten für Frankreich, und die deutsche Souveränität im Saargebiet sei durch den Friedensvertrag aufgehoben. Die Regierungskommission für das Saargebiet hat Vollmachten, denen gegenüber jedes öffentliche Rechtsempfinden so gut wie ohnmächtig ist. Aber der Bericht spricht von „außerordentlichen Verhältnissen“, mit denen sich natürlich alles entschuldigen läßt.

Der Freistadt Danzig wird der alte historische Name „Ganzstadt“ aus der Verfassung gestrichen. Ihre „Verteidigung“ wird den Polen anvertraut! Der fremde politische Vormund, der ihr unter dem Titel eines Kommissars gestellt wird, bekommt ein Jahresgehalt von 1/4 Millionen Mark. Es gibt im ganzen Deutschen Reich keinen Beamten, der auch nur den geringsten Teil dieses Betrages bezieht. Danzig selbst muß die Hälfte davon aufbringen. Im Falle, daß es für nötig gehalten wird, hat die polnische Armee die Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten. Das jarie Gewissen regt sich, wenn die Danziger Gemeindefabrik durch Auslieferung einer Stellung für Peru den Weltfrieden der Welt vernichtet. Von den gewaltigen Rüstungen Frankreichs schweigt dieses Gewissen.

Heber den an Cuxen und Malmedy begangenen Gewalttat hat der Bericht weiter nichts zu sagen, als daß die Entscheidung vom 20. September 1920 „definitiv“ ist. Und zu all diesen „glücklichen“ Lösungen begleitend steht ein Lord Cecil den Völkerbund!

Balfour setzt sich mit Dranting auseinander. Er weist den Vorwurf zurück, daß der jetzige Völkerbund ein Instrument in der Hand gewisser Großmächte sei. In der Tat, hier ist der mundebleibende Punkt der gegenwärtigen Organisation. Schon der ausschließliche Gebrauch der Sprachen Englisch und Französisch beweist es. Die ganze Welt hat dieses Urteil im Gefühl. Bei den entente-rundlichen Staaten gründet sich darauf das Vertrauen, bei allen anderen Staaten aber auch ebenjenseits das fundamentale Mißtrauen gegen Genui. Wie sagte doch der Schweizer Abo? Ohne das Vertrauen der Völker wird kein Völkerbund existieren können. Diese Einsicht ist die Voraussetzung, die conditio sine qua non für alles. Dieses Vertrauen aber erwirbt man sich nicht mit schönen Redensarten und höflichen Versicherungen. Man müßte Taten aufzuweisen haben — und zwar andere als in Danzig und an der Saar! Als im ganzen Friedensdiktat von Versailles! Wir hören Balfour er spricht so recht wie ein elegant kultivierter Vertreter der alten Diplomatie. Er tadelt Dranting, weil das Prestige des Völkerbundes durch seine Kritik Schaden leiden könne. Wie gut kennen wir diese Melodie aus den Tagen unserer Oppositionskämpfe gegen die preussische Dreifaltigkeitsschmach. Aber es ist nicht die Kritik, die das Prestige verdirbt, sondern es sind die Taten.

Die Idealisten bei der Völkerbundstagung, man merkt, sie haben es selber schwer genug, ihre Ideale vor der speifischen Kritik zu retten, die nicht nur von außen an ihre eigenen Seelen herantritt. Mit einem Schwung der font in dieser Verammlung von gewiegten Staatsinteressenvertretern selten ist, verkündet der alte Lafontaine die Idee, mit denen während des Krieges die Völkervereinigung entstanden sind, daß der Völkerbund müsse der Völkervereinigung sein für die Abschaffung aller Nordpazifiken, für die Niederlegung aller Handelsbarrieren zwischen den Völkern. Man kann die Schrecken eines fünfjährigen Krieges nicht erschütternder schildern, als es dieser Völkervereinigung tut. Man kann nicht vernichtender von der Erbarmlichkeit der nationalen Egoismen, man kann nicht großzügiger von der Würde eines Weltbürgers sprechen. Aber wie stumpf kommt einem die Verammlung gegenüber solchen Versicherungen vor! Ist es nur die Schwermütigkeit der Sprachenunterschiede, welche die innere Fühlung lähmt? Ist es die Fremdbild dieser vielen

## Wiederkehr des Herrn v. Kahr?

### Die Bayerische Volkspartei für Kahr.

Die ablehnende Haltung der Demokraten.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

München, 13. September.

Die bayerische Landtagskoalition wird sich offiziell erst morgen mit der Nominierung des zukünftigen Ministerpräsidenten beschäftigen. Der heutige Tag ist unverbunden die Fühlungnahme zwischen den Parteien imgefallen. Es ist außer Frage und wird demotografisch sehr bedauert, daß der Rücktritt des Gesamtkabinetts die Lage noch weiter kompliziert und die Lösung erschwert hat. Die Deutschen nationalien möchten die Neubildung der bayerischen Regierung von der Antwort Berlins abhängig machen, um sich dann wieder als Schlichter der bayerischen Selbständigkeit aufzuspielen, und die Bayerische Volkspartei, die sich von diesen Konjunkturparaphrasen des Wahler nicht abdrängen lassen will, erklärt ebenfalls ihren Entschluß, „mit allen verfassungsmäßigen Mitteln für die Rechte Bayerns zu kämpfen“.

„Man wird“, schreibt der „Bayerische Kurier“ dazu, „die jetzige Kritik nicht aufreißend benutzen können, man wird vor allem die Mittel zur Lösung der Krise nicht zu finden vermögen, wenn man nicht von der grundlegenden Voraussetzung ausgeht, daß die Mehrheit des Parlamentes auch in diesem Falle etwas anderes gewollt als getan hat, und daß daher in der Sache selbst eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit gar nicht besteht. Was insbesondere die „Bayerische Volkspartei“ anlangt, so gibt es in der Frage der Wahrung der bayerischen Rechte „zwischen ihr und der bisherigen Regierung keinen Streit und kann es keinen geben“.

Was schon viele Besprechungen eines so folgerichtigen Konflikts flugbar machen, so enthält die parteiöffentliche Korrespondenz vollends die Meinung der Bayerischen Volkspartei, das Geschehene ungeschehen zu machen. Eine **private Ausrede zwischen den Herren Kahr und Kahr** dürfte dieser Lösung die Wege gebnet haben. Die Korrespondenz meint nämlich: **Die beste Lösung, die gefunden werden könnte, wäre es, daß es Herr v. Kahr ermöglicht wird, einem an ihn heranretenden Posten seine Kräfte zu leisten.** Unter seiner Führung würde sich auch am leichtesten die Regierungsmehrheit aufammenfinden, die den tatsächlichen politischen Verhältnissen in Bayern am besten entspricht. Wie weit sich dieser Gedanke verwirklichen lassen wird, das wird die Sorge der nächsten Tage sein müssen. Auf jeden Fall müßte erlirbt werden, das Gesicht des neuen Kabinetts möglichst wenig zu verändern.“

Auch die Ereignisse München der Bayerischen Volkspartei gibt die Perote aus „zurück zu Kahr!“ Alle Wertschätzung für Herrn v. Kahr als einen Mann von unachselnem Charakter darf jedoch nicht davon abhalten, die Möglichkeit seiner

Wiederkehr in das verantwortungsvolle Amt des Landes als eine Gefahr für die innere Ruhe zu bezeichnen. Der wahrhaft erschreckende Mangel an staatsmännischer Einsicht, der seinen eigenen Parteigenossen auf die Dauer nicht entgegen kamme und letzten Endes seinen Sturz herbeiführt hat, hat unter dem Schein äußerlicher Ordnung die innerpolitischen Gegensätze bis zur Unerkennlichkeit verschärft und Bayern immer wieder in Konflikt mit dem Reiche gedrückt.

Das partei Urteil, daß die **parteiöffentliche „Süddeutsche demokratische Korrespondenz“** über ihn fällt, erscheint deshalb nur zu gerechtfertigt. Niemand wird bezweifeln dürfen, daß Herr v. Kahr aus erstem Willen das Beste zu tun bestrebt war. Aber das hindert nicht, das auszusprechen, was ihm zum Verderben wurde: **sein absoluter Mangel an staatsmännischer Begabung.** Als Mann der Stiernagigkeit hat ihn einst Herr Schlittenbauer gepriesen. Es war das Unmaß der für seine vollständige Unfähigkeit. Gegenüber den politischen und vielfach auch den parlamentarischen Gerichten für sein obstinates, manchmal feindseliges Verhalten an dem, was mehr aus von anderen als von ihm selbst für den jeweiligen Augenblick als zweckentsprechend angesehen wurde und das aus dem Mangel jeder politischen Intuition und vielfach auch jeder politischen Initiative entsprungen war. Kräfte, die stärker waren als er, und die ihn um so härter bewirtschafteten, als er sie nicht immer, vor allem nicht in ihren letzten Stufen erkannte, konnten ihn, den erhabenen und pflichtfertigen Beamten, aber unersahenen Politiker in ihren Kreis. So gewann seine Politik, von ihm selber nicht gewollt und wahrscheinlich auch nicht erreicht, etwas Verkettes, das aus seine Freunde flugbar machte. Die Einwohnererwerbsfrage und die jüngste Krise, deren Entwicklungsgeschichte erst geschrieben werden muß, gehören in dieses Kapitel.“

Im gleichen Sinne urteilt die demokratische „Süddeutsche West“ und fügt hinzu: Die Kräfte, die Bayern während der Ausübung des Ministeriums Kahr erschütterten, hatten zu ihre letzten Urteilen in der Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten mit ihrer eigentlichen Zielmäßigkeit. Darum mußte, sollte Klarheit geschaffen werden und endlich wieder ein gutes Verhältnis zum Reich und das notwendige Gleichgewicht im Innern erreicht werden, dieser Mann weichen. Er wurde von niemandem gestürzt, er ist selbst zerbrochen an seiner eigenen Politik.“

Die Stellungnahme der bayerischen Demokraten zur Frage der Wiederkehr Kahrs ist somit klar. Es bleibt zu hoffen, daß Herr v. Kahr selbst eine Person nicht zum Hindernis für eine Verständigung machen wird.

Wie wir hören, ist bei der Reichsregierung noch keine offizielle Mitteilung der bayerischen Regierung eingetroffen. Die interparlamentarischen Besprechungen gehen weiter.

## Der Wiederaufbauvertrag.

Konkultion vor dem 1. Oktober geplant. — Neue Zusammenkunft zwischen Rathenau und Loucheur.

Die Reichsregierung, die bis jetzt nur einen vorläufigen Bericht über die Wiederaufbau Verhandlungen entgegnenommen hat, wird, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, nach der nunmehr erfolgten Rückkehr des Ministers Dr. Rathenau wahrscheinlich in einer der nächsten Kabinettsitzungen zu dem Wiederaufbauvertrage Stellung nehmen. Die französische Regierung hat in offiziellen Mitteilungen erklärt, daß sie ihre Haltung zu dem Vertrage erst festlegen könne, wenn sich die deutsche Regierung dazu geäußert habe. Die Reichsregierung hat naturgemäß besonders mit Rücksicht auf die Wirlungen des Inflationsprozesses auf die Reparationsfrage ein Interesse an einem möglichst baldigen Abluß des Vertrages. Wenn der Wiederaufbauvertrag erkräftigt, so ist in gewissem Umfange die Abföhung der Wagede-

Leistungen durch Geschleifungen. Die Ratifizierung des Wiederaufbauvertrages wird also voraussichtlich zuerst von deutscher und dann von französischer Seite erfolgen. Da der Wiederaufbauvertrag mit Wirkung vom 1. Oktober vorgelesen ist, kann man annehmen, daß die Ratifizierung noch vor diesem Termin geschehen wird.

Was die noch schwebenden Verhandlungen über die Nebenverträge betrifft, so ist für diese Fragen, wie wir berichteten, eine neue Begegnung zwischen den Ministern Rathenau und Loucheur beabsichtigt. Ueber den Termin dieser Zusammenkunft steht bis jetzt noch nichts fest, doch dürften die Besprechungen ebenfalls noch vor dem 1. Oktober stattfinden.

Eine Veröffentlichung des Wiederaufbauvertrages im gegenwärtigen Augenblick hält die Reichsregierung mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen Beratungen nicht für günstig. Ueberdies bestehen auch in dieser Hinsicht gewisse Wagnungen zwischen Rathenau und Loucheur.

unbeweglichen asiatischen Völkern, die den Sorgen Europas viel ferner stehen? Oder endlich ist es das, was man zu gemeinlich bisher als staatsmännliche Weisheit zu bezeichnen pflegte und was selbst auf eine feine genug zusammengelegte Lagung doch zu viel verdeckte Segen und Hintergedanken erkennen läßt? Jedenfalls liegt fest, daß man wenig von der neuen und desto mehr immer wieder von der jammervollen alten Diplomatie der Vorkriegszeit hat.

Immer wieder Amerika! Warum geht es in der Vorkriegszeit gar nicht weiter? Vor dem hat es in einer östlichen, von Balfour im Gegensatz zu Branting Kritik gelobten Mäßigung, aber doch herzlich genug bebauert. Vielleicht vertritt Balfour diese Geistesart aber auch aus dem Grunde besser, weil er sie leichter variieren kann. Solange noch einer der größten Staaten außerhalb des Völkerbundes steht, für den die Neutralität von Nützlichkeiten spricht und betriebs der Munitionskrieg nicht einmal eine große Gefahr sein wird — so lange ist allerdings der heutige Völkerbund undenkbar. Die französischen Kolonialarmeen und die englische Flotte können sich vorzüglich hinter diesem Argument ungehindert weiterrücken. Daß die deutsche Mäßigung von heute nicht mehr der Rede wert ist, wird von Balfour selbst zugegeben, so sehr auch immer noch die französische Presse aus den nationalistischen Zwecken, der Gründung Cypriens, der Regimentsfeier um Kapitol, fängt. Zwang ist wirklich gerade Amerika, von dem während des Krieges die europäischen Völker in neues Weltzittern hineingeworfen. Über 1000 Milliarden Schulden hat Europa, wie Lafontaine andrerorts, 60 Milliarden in Zinsen hat es jedes Jahr auszugeben. Wörtlich die Welt zu erschauern, freit Amerika sich noch höher. Eigentlich sollten, nach der Ansicht dieses Redners, Kriegsschulden als Weltschulden betrachtet werden. Und dann sollten zu ihrer Abtragung diejenigen Völker das meiste leisten, die am wenigsten im Kriege gelitten. So lag doch in diesem Kriege gewaltig bereichert haben. Die Geschlechter der Zukunft werden bei diesem moralischen Appell Lafontaines, und von den Vereinigten Staaten ist niemand da, um ihn zu hören.

### Der Völkerbund über die Danziger Frage.

**Zurückführung der Blockadebefehle.**  
Genf, 13. September. (W. I. V.)  
Der Völkerbundrat wird am Dienstag mit Mittwoch die Frage der Danziger Staatsangehörigkeit und die rechtliche Stellung der Polen in Danzig behandeln, ebenso die Finanzlage und die Danziger Situation. Die Verhandlungen in der Entscheidung über die Eisenbahnfrage. Staatspräsident Zohm, Geheimrat Dr. Hoffmann und Dr. Jarber, sowie Regierungsrat Dr. Herzberg als Sachverständige für das Eisenbahnenwesen sind gestern in Genf eingetroffen.

Der Völkerbundrat hielt gestern nachmittag eine öffentliche Sitzung ab. Er beschloß, den Bericht der gemischten Kommission für Mündungsbedingungen der Verammlung zu überweisen. Der zweite Bericht der Kommission für Passabänderungen wird an die erste Kommission (Eisenbahn- und Postangelegenheiten) weitergegeben. Nächstens nach der Rat von einem Bericht der internationalen Konferenz gegen Mädchen- und Kinderhandel, die vom 30. Juni bis 5. Juli in Genf getagt hat, Kenntnis. Er war einstimmig der Ansicht, daß die Arbeiten dieser Konferenz bedeutende Ergebnisse ermöglichen. Nach Annahme der Beschlüsse der Konferenz beauftragte der Rat die Generalsekretärin mit ihrer Durchführung. Das Original der Beschlüsse wird der französischen Regierung zugestellt werden. Die Verammlung erhält eine Abschrift.

Die dritte Kommission für Blockade und Abklärung liegt unter dem Vorbehalt von Branting (Schwedens) in öffentlicher Sitzung ihre Beratungen über die praktische Durchführung sowie Anwendung der Blockade gegen ein verträgliches Willkür der Völkerbundes hat. Die Debatte drehte sich um die Auslegung und Anwendung des Artikels 16. Die

### Herbert Eulenbergs Neugeburt.

„Alles um Geld“ im Schloßparktheater.  
Von Fritz Engel.  
Das kleine Schloßparktheater in Regh hat sich gestern in die böhrende Reize gewieft. Dadurch, daß es Herbert Eulenberg gab, dadurch, wie es ihn gab.  
Diese Eulenberg ist gleich Wilhelm v. Scholz ein Stiefkind Berlins. Es ist, als ob eine Bulle oder ein paar Bullen ihn vertrieben möchten, das Weidloch der Stadt zu betreten. Heute weniger denn je gibt es hier Bühnenleiter, gibt es Zuschauerkreise, die Liebe gehen zu einem reinen Dichter hätten, um ihm auch Schwächen zu vergehen. Und das Liebeswort an Eulenberg ist, daß er ein Reiner ist, von seiner Rednertrümpfung verfehrt, eher Schwärmer gegen den Strom. Ahnungslos gegenüber nur sich selbst und dem geschienen-Ellen in der Brust.  
Er ist Romaniker in dem Sinne des Wortes, der es mit dem Begriff „Volk“ identisch macht, und darum ist er eben nicht gekommen und würdig, wie die wenigen wahrhaft echten Dichter-Naturalisten. In unserer Stern haufe sind viele Wohnungen. Der Romaniker kann neben dem Naturalisten leben, wenn er Kunst ohne Nebenbanten, ohne Achtungsgehrn, ohne Viebzügen mit dem „Selbstgenuss“ schafft. Wenn er fähig, wie ihm der Schicksal gewöhnt ist, und wenn sein Ton schon und ergreifend ist.  
So hat Eulenberg teils auf sich selber gehalten. Von der ersten Stunde an, als er mit der tragisch-wilden „Anna Balenska“ begann und dann viele Stüde, in vielfältig zu raschem Tempo, aus sich herausküllte. Er lebte seinen eigenen Schicksalstrahl, oft voll Pitterns lachend und mit zornig geschwollener oder in einer Epoche, die nicht seine Wege ging. In seine Zeit jetzt gekommen? Ist das deutsche Publikum, und gar das Berliner, bereit, mitzuträumen, mitganzzufassen? Oder ist es so aufs Welt-Wirkliche eingeschnoren, ist es — mit Recht — so schwer enttäuscht von den im potenten, falschen Romanikern der letzten Jahre, von den prästifischen Kreislern des „Mundstüdens“, daß es auch jetzt die Gefolgschaft verliert?  
Gestern hätte man noch viel lieber den Dichter grüßen dürfen. Dennstens kam es zu keinem Kampf wie damals, als Wehm dieses Drama mit dem „Zimelit“, „Alles um Geld“, war mit dem großen César Foucault im ganzen aber mit Kunstmitteln gab, die dem jüngeren Traun die Märgel auslösten. Zum ein Jahr ist es eine verschobende Spiegelung häßlicher Wahrheit, das tieftraurige

weilen Redner waren sich darin einig, daß gegen einen vertraglichen Eintrag nicht sofort fegebrühliche Maßnahmen angewendet werden sollen, sondern der Krieg durch wirtschaftliche Maßnahmen, d. h. die Blockade, einzuengen oder vermindert werden soll. Die Debatte, an der Schanze (Italien) und Lord Robert Cecil sich rege beteiligten, behandelte vor allem den Bericht der Interkontinental-Kommissionen. Zu einem Beschluß über die Vorschläge der einzelnen Interkontinental-Kommissionen kam es nicht. Die Verhandlungen wurden auf die nächste Sitzung vertagt.

### Eine Note der Tschechoslowakei über Westkarnen.

**Keine Entsendung italienischer Truppen.**  
Wrag, 13. September. (W. I. V.)  
Der Minister des Reiches Dr. Benesch hat Montag früh an die Vorkriegs-Konferenz eine Note über die Ereignisse in Westkarnen geschickt. Die Note ist gleichzeitig an die Regierung des Großmachtgebiets und der römischen und tschechoslowakischen Regierungen mitgeteilt worden. Die Note lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Ereignisse in Westkarnen und betont, daß die tschechoslowakische Regierung, ohne Vorüberlegung zu wollen, von der direkte Verantwortung, mit Recht beunruhigt ist und die Lage für vollkommen unerträglich hält. Dieser Zustand ist für den europäischen Frieden sehr gefährlich. Die tschechoslowakische Regierung ersucht die Konferenz um Maßnahmen, welche den derzeitigen Zustand einigartig beendigen würden, der durch Interventionen bewirkt ist, die der Minister für den Augenblick nicht bei dem wahren Namen nennen wollte. Dieser Zustand würde, wenn er sich auch nur um einen einzigen Tag verlängern sollte, die schwierige Friedensarbeit noch mehr erschweren. Die tschechoslowakische Regierung habe sich in die westkarnischen Angelegenheiten nicht eingemischt und werde dies gegenwärtigen Standes auch nicht tun, doch dürfte sie nicht aufkommen, daß beratige Aktionen ohne Rücksicht vor Strafe unternommen werden könnten. Die Note verleiht schließlich, daß die tschechoslowakische Regierung nichts ohne vollkommene Zustimmung der Vorkriegs-Konferenz und der unmittelbar Beteiligten unternehmen werde.

Man, 13. September. (W. I. V.)  
Einige Mächte haben behauptet, die italienische Regierung habe tschechische Truppen nach Ungarn zu schicken, wenn die Zwischenfälle im Burgenland nicht rasch gemäß den internationalen Verträgen beigelegt würden. In amtlichen Kreisen wird erklärt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehre.

### Das Weltfräken zur See.

**Amerikanische Verständigungswünsche.**  
Washington, 13. September.  
Der „Daily Express“ meldet aus New-York, daß die Regierung der Vereinigten Staaten wünsche, in seinerlei Hinsicht einen maritimen Weltfrieden mit Großbritannien zu bejahen. Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß ein weltweites Fräken, vollkommen an und vor sich selbst, die Stärke der amerikanischen und der britischen Flotte in bestimmten Verhältnissen durchaus nicht im Wege liegen. In vorantwärtigen Kreisen in Washington wird gleichzeitig die Frage erörtert, inwiefern Japan an dieser Lösung mitwirken bereit sei. Zwischen England und Amerika wäre die Vereinbarung ganz einfach; aber man glaubt in Washington, daß die Vereinigten Staaten durch Japan veranlaßt werden könnten, sich in die Angelegenheiten der Welt zu mischen. Die amerikanische Regierung dürfte große Schwierigkeiten beim Einsetzen einer beschränkten Abklärungsregelung hervorrufen. (?) Falls aber Japan tatsächlich bereit sei, den Beweis zu erbringen, daß es sich nicht auf den militärischen Standpunkt stelle, seien sofort große Erparnisse für die drei Mächte möglich. In Großbritannien Japan besonders gemogen sei, vertritt die amerikanische Regierung die Ansicht, England könne noch, bevor die Abklärungskonferenz zusammensteht, Japans Ansicht über diese Frage genau feststellen, was den guten Ausgang nur fördern könnte.  
Die Vereinigten Staaten haben zu Vertretern auf der Washingtoner Abklärungskonferenz die Senatoren Root, Lodge und Underwood, sowie Staatssekretär Hughes ernannt.

Symbol einer Götzenverehrung, die das ganze Erdendasein regiert. Der Göze ist das Geld. Ihn sind wir untertan, jeder und jeder. Die Religion, die alle Religionen beherrscht, heißt Romantheismus. Auch Eulenbergs Ringzug, wenn er leben, wenn er seinen letzten Schatz stellen, seine Tochter erlangen will, den Kampf ums Geld kämpfen. Er steht in Schanden, ist in Schanden, gibt, was ihm etwa in die Hände kommt, mit der stolzen Gehe eines gewöhnlichsmäßig Reiches aus, sinkt immer tiefer, kommt ins Gedächtnis, wird wahnhaft, tötet sich selbst. Er ist eine „Kreatur Gottes“, aber er darf es nicht sein. Ein Schwärmer ist er, ein anderer Wahnwahn, der sich selbst beugt und damit dem „Mündchens“ beschließen, seinen Ringzug verordnet ist. Er hat die gültige Macht, der nur göttliche Macht für seine unerläßt lebende Tochter Sanna hat, für dieses Götzen-Altäre Gottesdienstes, der es auch an einem Paradiesmenschen nicht fehlt: er hat alles, um ein Paradiesmenschen zu sein, und darf's nicht werden. Denn himmelisches Schwärmen macht nicht satt; Mannen, der Gott der Götter, lenkt die Welt, und die Spezialisten treiben den Dollar auf 100 Mark. So hat Eulenberg von einem Dutzend Jahren empfunden. Im den nächsten Jahren hat er ein dorniges Blumenbeet der Kunst geschaffen. Aus allen Umfahrungen, aus der mächtigsten Verfallbildung des Stoffes, was aus dem visonären Ornament des letzten Aktes geht hervor, daß er den Dingen, wie sie sind, klar ins Auge gesehen. Er bedauert nicht, im Gegenteil. Jetzt zeigt er im Hintergrund erhaltend, eine bessere, rosenrote Zukunft. Er ist ein Wahrheitsfanatiker. Darf man ihn eigentlich „Romaniker“ nennen? Man sieht, wie die Schlagworte und die Götzenverehrung, wenn es Geld ist, die Kunst einer Verfallbildung handelt.

„Alles um Geld“ ist eines der wenigen Stücke, die bei auf Bild und Symmetrie gefüllten neuen Schicksalstrahl von innen heraus entgegenkommen. Es fand in Paul Seufers einen verständlichen Regisseur, einen leuchtenden und glühenden Darsteller des Vincenz. Thea Grodzkynski zeigte als Sanna die gleiche Leidenschaft, aber halberpreist, halbhumor. Es gab dann auch Starke von Walter Fall, Richard Felix, Edith, Robert Ford und Rudolf Klitz. Und wenn in Nebenrollen manches mehr expressiv-gutwillig Spiel als Lieberzeugung sah, so schloß sich alles doch gut zusammen.

Edwig Bühler brachte bei seinem Vortragabend in der Philharmonie wieder Dichtungen von Goethe und Schiller. Man freute sich, gleich bei Beginn der Vortragssession den Meister hören zu können, sein Pathos, das nie pathetisch wird, seine bereichernde Kraft und harmonische Klangfülle. Der moderne Wille lag ihm nicht in diesem Maße, aber er wirkte hier durch seine persönliche Durchdringung des Stoffes. Der Vortrag seiner zahlreich erschienenen Gemeinde war fast.

### Der jüdische Weltkongreß.

Die jüdische Nationalbibliothek in Jerusalem.  
(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)  
1. November, 13. September.

In der Abrechnung des achten Verhandlungstages erstattete Ingenieur Kerner ein Referat über die Organisation der Technik in Palästina. Das Errichten von Bauwerken ist nur möglich, wenn sämtliche Projekte zuvor einer strengen technischen Kontrolle unterzogen werden. Besonders wichtig ist eine solche Kontrolle für das Bauwesen. Zu diesem Zwecke müßte für alle Situationen der jüdischen Organisation ein technisches Zentralamt geschaffen werden. Am Namen der während des Krieges geschlossenen Vereinigung der jüdischen Ingenieurverbände aller Länder beauftragte Kerner die Vollendung und Unterbrechung des Technikums in Haifa im kommenden Jahre.

In der Nachmittags-Sitzung des neunten Verhandlungstages berichtete der Universitätsbibliothekar Professor Dr. Heinrich Loebe (Berlin) über den Stand der Arbeiten für die Nationalbibliothek in Jerusalem. Wie die vorige Anmerkung beruht ist, in geistiger und politischer Beziehung eine wichtige Aufgabe ist die jüdische Nationalbibliothek in Jerusalem. In den verschiedenen Orten der Welt seien ganze Bibliotheken für die Nationalbibliothek in Jerusalem aufgestellt worden und über den Abtransport bereit. Auch von nichtjüdischen Zeitungen wurde die Verbreitung erfragt. So steht in Paris eine Bibliothek und in Prag eine Sammlung, für deren Aufstellung sich der Präsident der dortigen Republik eingesetzt habe, bereit. Was noch fehlt, seien vor allem die Mittel für die Transporte und die Unterbringung der Bibliotheken in Jerusalem, bis der Bau eines eigenen Bibliotheksgebäudes in Angriff genommen werden könne. Professor Loebe richtete einen warmen Appell an den Kongreß, durch Gewährung ausbreitender Hilfe im Budget die Weiterarbeit zu ermöglichen. Für das Verhältnis zu den Arabern, die noch heute die Juden als „Volk des Buches“ bezeichnen, sei es von Bedeutung, daß die Nationalbibliothek in gleicher Weise Juden, Christen und Arabern zur Verfügung steht und dadurch zur Verbrüderung der Gegenseite beitrage. An dieser allgemeinen kulturellen und jüdischen Aufgabe müßte jeder Jude ohne Unterschied der Partei und Religion nach besten Kräften durch Ueberwindung von Schwierigkeiten teilnehmen. Besonders Dank gebühre der Verehrlichkeit in New-York sowie Professor Einstein für ihre Hilfe in dieser wichtigen Angelegenheit.

Auf das von Professor Warburg (Berlin) erstattete Referat über den jüdischen Nationalfonds wird zurückgekommen sein. Der Sonnabend als Sabbat war sühnungsfrei.

### Internationale Besprechungen.

Sonntagsvormittag fand zwischen Vertretern der Reichsregierung und den drei Koalitionsparteien eine Besprechung über die allgemeine innenpolitische Lage sowie insbesondere über die bayerische Frage statt. In der Haltung der Vertreter der Koalitionsparteien sowie des Reichstags ergab sich dabei vollkommene Einmütigkeit. Die Haltung der Reichsregierung ist Bayern gegenüber angelehnt der nach herrschenden Anschauung im allgemeinen noch zu erweitern. Man vereitelt jedoch innerlich das Reichstagsmitglied den Standpunkt, daß man in einem Vorstöße, wie sie von Bayern gemacht wurden, eine Aufspaltung der Reichsregierung bedeuten würden. Die Reichsregierung ist jedoch nach wie vor bereit, mit Bayern weiter zu verhandeln.

Der Parteitag der Zentrumspartei, der wegen der Einsetzung des Reichstages verschoben wurde, wird nunmehr endgültig am 16. und 17. Oktober in München stattfinden.

Kapp junior. Eine kleine Anfrage des kommunikativen Abgeordneten Dr. Meier (Schweiden) und Genossen an Präfektur-Kandidat Laute: Von Preussensungen hat der Bewandlungsführer Warburg keine Zustimmung dazu gegeben, daß das beschlossene Amt-Wissen des Gouverneurs Dr. Kapp freigegeben werden soll. Der Minister Dr. Kapp hat sich verweigert, die Freigabe des Amtswissens durch den Kandidat Laute zu unterstützen.

### Bucheinbände.

Ausstellung im Schloßmuseum.  
Von Fritz Stahl.  
Die deutschen Buchbinder, die auf gute Arbeit halten, haben sich zu einem Bund zusammengeschlossen, der seinen Namen von dem holländischen Hofbuchbinder Jakob Krause, einem Meister des 16. Jahrhunderts, genommen hat. Der Krause-Krause-Bund ist eine Art Vereinigung von Buchbinder-Verenigungen, die sich zum Zweck haben, die Qualität ihrer Arbeit zu verbessern. Das ist sehr schön und vorbildlich für die Genossen auf anderen Gebieten, die den Handwerker eine neue Ehre oder die alte Ehre wieder gewinnen wollen. Leider hat man der schlechten Zeit die Konzeption gemacht, in einem Interieur den Bund als „Vereinigung deutscher Kunstbinder“ zu bezeichnen. Vielleicht war das aus praktischen Gründen notwendig. Öffentlich kommt einmal die Zeit, in der die Anwendung des Wortes Kunst nicht mehr nötig ist; sie gehört zu den übelsten Zeiten des 19. Jahrhunderts. Innerhalb, wo eine solche Bezeichnung anständig, geistlich Malheur. Sie verleiht dazu, etwas Besonderes geben zu wollen, sie zerstört die schon Selbstverwirklichung, die immer nur das will, was die Gabe fordert. Auch bei den Buchbindern ist diese Wirkung zu spüren. Und wenn man feststellt, daß das Handwerk durch die Arbeit des Bundes sich glänzend entwickelt hat, und daß man sich vor 30 Jahren nichts von dem träumen ließe, was heute hier zu sehen ist, so darf die Mahnung nicht fehlen, nun auch der rechten Verwendung des erworbenen Könnens die nötige Aufmerksamkeit zu schenken.  
Kritisch liegt die Verantwortung für das Jüwel, das man fast überall bemerkt, nicht bei den Buchbindern. Ein Teil des Vertragsbuchbinder gibt schon die in Format und Ausstattung übertriebenen Bücher, und schließlich sind doch die Käufer und Verkäufer maßgebend, die leider des Großen Friedrich Abneigung gegen große und schwere Bücher nicht teilen. Der Buchbinder kann nichts dafür, daß zum Beispiel Jean Pauls Schicksalstrahl, für die Kleinfahrt geschaffen, als großes Buch verpackt und gefertigt wird. Und er kann auch nicht dafür, daß die gleiche Verzierungen, die aus dem Götzen eine artfringliche Mittelung über Leben, Taten und Meinungen des Welters gemacht hat, im Einband mitgehende Andeutungen über den Inhalt sehen will — was beides gute Zeiten nicht gelernt haben. Selbst das Jüwel des Ornamentes ist wohl eher den Wünschen eines Publikums ohne sicheren Geschmack zuzuschreiben, wenn auch die Buchbinder vielleicht gern zugeben, daß sie es gar nicht beabsichtigen, ihre Kunstfertigkeit in jeder Hinsicht zu zeigen.



# Gefängnisurlaub.

Mißstände.

Von (Schadbruch verboten) Strafanwalt Dr. E. M. Landsberger.

Die Verurteilung des wegen Tötungsversuchs gegen Erpinger zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilten Erpinger aus dem Gefängnis zu beurlauben hat außerordentliches Aufsehen hervorgerufen und in den Kreisen der Justizverwaltung zum Gegenstand einer Interpellation im preussischen Landtag gemacht worden. Aus diesem Grunde verdienen die nachstehenden sachverständigen Ausführungen besondere Beachtung, zumal sie noch auf weitere Mißstände im Gefängniswesen hinweisen. Die Redaktion.

Eine Strafunterbrechung oder ein Strafurlaub kann in der Regel nur durch die zuständige Staatsanwaltschaft erfolgen. Ausnahmevorfälle kann in sehr seltenen Fällen der Gefängnisvorsteher bis zu einer Woche ausrichten und zwar vorübergehend. Die endgültige Entscheidung hat auch hierbei der sofort zu benachrichtigende Staatsanwalt, das das Recht des Widerspruchs zuzustehen. Solange keine Fälle sind, 3. A. schwere Krankheiten, Unfall, Todesfall in der Familie oder eine schwere wirtschaftliche Lage. Die Möglichkeit der Angaben muss bekräftigt glaubhaft da sonst durch Nachprüfung der im Urlaubsgesuch angeführten Gründe viel Zeit verloren geht.

Krankheitsgründe im Urlaubsgesuch werden bei Antragstellung vom Richter zu erheben sein, wenn es sich um einen Strafurlaub handelt. Die Straftaten an und für sich sind hier nicht im Strafurlaub, sondern im Verlauf des Prozesses handelt. Die Straftaten an und für sich sind hier nicht im Strafurlaub, sondern im Verlauf des Prozesses handelt. Die Straftaten an und für sich sind hier nicht im Strafurlaub, sondern im Verlauf des Prozesses handelt.

Bei Gesuchen um Strafunterbrechung ist bestimmungsgemäß schriftlich zu erörtern, ob bei weiterer Strafverfolgung erhebliche Nachteile für den Verurteilten und seinen Zustand des Gefängnisses zu erwarten sind, die nicht entzogen werden können. Es sind die Gründe für und gegen das Urlaubsgesuch zu erörtern. Ferner, ob nach der Verurteilung des Verurteilten von der beabsichtigten Strafverfolgung ein günstiger Einfluss zu erwarten ist, wenn der Verurteilte im Gefängnis verbleibt. Eine weitere Strafverfolgung wünschenswert erscheint, die Erziehung zu verwirklichen und die Befähigung zu leisten zu verhelfen und um den Verurteilten charakterlicher und wirtschaftlicher gegenüber dem Verurteilten zu verhelfen.

Die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch ist dem Richter zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben.

Die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch ist dem Richter zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben.

Die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch ist dem Richter zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben.

Die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch ist dem Richter zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben.

Die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch ist dem Richter zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben.

Die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch ist dem Richter zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben. Der Staatsanwalt hat die Entscheidung über die Zulassung zum Urlaubsgesuch zu erheben.

mehr als tausend Gefangene beherbergende Stadtgefängnis eines vollbeschäftigten Kreises ist im Leben am übertragen, der also mehr als tausend Mann nebenbei ärztlich versorgen soll, in einer so überaus verantwortungsvollen Stellung. Auf diesen großen Mißstand sei hierdurch nochmals hingewiesen, da alle Vorrichtungen der Arztbesuche bisher unbenutzt blieben.

Das gesamte Strafvollzugswesen soll übrigens demnach von der Staatsanwaltschaft losgelöst und einem Generalkriminaljustizdirektor übertragen werden.

## Beschlüsse

### Des demokratischen Parteivorstandes.

#### Deutsche Volkspartei und Unabhängige Sozialdemokratie.

Der Demokratische Zeitungsdienst teilt mit: Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei hat am letzten Sonntag die politische Lage einer eingehenden Besprechung unterzogen. Dabei stellte sich Einmütigkeit über alle breisenden Lebensfragen heraus. Jede Regierung hat ihre Macht gegen alle Interessen zu erheben, die das Ziel verfolgen, durch gewaltsames Vorgehen die verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates zu ändern. Selbstverständlich muß sich das Vorgehen der Regierung in gleicher Weise gegen alle richten, die trotz des Erfolges der unpopulären und unpopulären Schritte solche Schritte unternehmen. Sie kann und darf auch keine, die mit solchen Vorgehensmaßnahmen oder sie gar offen unterstützen, nicht im Dienste behalten. Der demokratische Parteivorstand billigt daher die Entlassung und Beurlaubung der Reichsregierung und erwartet von ihr, daß sie ihren Willen auch der bayerischen Regierung gegenüber durchsetzt. So notwendig derartige Maßnahmen sind, so verunglückt sie letztlich nach nicht unter verfassungsmäßigen Umständen völlig zu führen. Vielmehr muß jede Regierung, bremal gegenüber der ungeheuren Befähigung unterer Volks, möglichst breite Schichten der Nation zur verantwortlichen Mitarbeit in den Parlamenten und den Regierungen heranziehen. Kein Parteipolitiker und keine parteipolitische Einzelgröße darf der Ermächtigung dieser Staatsorgane im Wege stehen. Staatsoberhaupt ist es, das die Verantwortung für die Durchführung der Politik trägt. Deshalb kann nur eine Koalition der allerdingen notwendigen Erklärung einer Partei genügen, die die Weimarer Reichsverfassung als Rechtsgrundlage erachtet zu wollen und bereit zu sein, jede gewollte Änderung der verfassungsmäßigen Zustände durch die Machtorgane des Staates zu beschließen. Das gilt für jede Partei, also auch eben für die Deutsche Volkspartei wie für die Unabhängige Sozialdemokratie.

Die großen geschichtlichen Zeiten unserer Völkern und im Weltzuge empfinden wir als wertvollen nationalen Bestand unserer gemeinsamen vaterländischen Lebens. Gerade deshalb fordert die Deutsche demokratische Partei in der jetzigen Zeit tiefgehender Erregungen alle deutschen Vorkämpfer innerhalb und außerhalb unserer Parteiorganisation, die es ernst mit ihrer vaterländischen Bestimmung nehmen, auf, dagegen anzukämpfen, daß die Erinnerung an Zeiten, die das gesamte Volk aller Parteien und Klassen vollführt hat, zum Gegenstand einseitiger, parteipolitischer Ausnutzung und gehässiger Agitation gemacht wird.

Verhandlungen, die mit der internationalen Weimarer-Kommission über die Abhaltung des Parteitag der Deutschen demokratischen Partei in Köln geführt worden sind, haben wir bereits mitteilen. Leider ergeben, daß die Bewegungsfreiheit des Parteitag nicht zu gesichert sein würde, was das demokratische Zusammenhalten und angelegentlich der gegenwärtigen Lage unbedingt erforderlich ist. Der Parteivorstand hat deshalb am Sonntag beschlossen, die Partei in Bremen festzusetzen. Der Parteitag soll am Sonntag, Montag, 5. 6. und 7. November, stattfinden. Der Parteitag soll in Bremen stattfinden.

**Landarbeiterrecht im Kaiserfeld Gerichtsbezirk.** Aus dem Reichsgericht. Die Landarbeiter des Kaiserfeld Gerichtsbezirks haben, die die Landarbeiter im Kaiserfeld Gerichtsbezirk in den Streit gezogen.

**en. Heber, Goethe und Tolstoi** (nach Thomas Mann in Wechthorn-Zeitung). Er ging davon aus, das Gemeinsame im Leben der beiden Dichter zu betonen, als welches sich ihm eine Vereinfachung der Auffassung, Naturgefühl, Pädagogik und Autobiographie darstellte. Goethe fühlte sich ohne feste Betonung, als ein Teil der Natur und so zu der benevolenten Einsicht, daß sich Natur und Natur niemals ausschließen, ja, daß die Natur eine Erleuchtung der Natur ist. In Goethes Werk ist ein merkwürdiger Glaube, den er selbst als Idealismus bezeichnete. Goethe war Gott und Natur eines — bei Tolstoi sind es Gegenstände. Deshalb ist auch das Pädagogische, das im Leben beider bestimmt hervortritt, bei beiden etwas anderes. Goethes Pädagogik lehrt die Selbstbefreiung des Individuums, sie lehrt von Individualismus, Selbstverwirklichung und Selbstheilung. Tolstoi hatte jeden Individualismus aus seinem Christentum heraus, das nur ein Aufgehen ineinander konnte. Ebenso führt der Gang zum Christentum, das Autobiographische, das für Leben und Dichtung beider charakteristisch ist, dennoch zu entgegengesetzten Zielen. Goethes und Tolstois Dichtungen sind nichts als Belegworte zur Melodie des Lebens. Wenn wir von Goethes Leben nichts wissen, so können wir seine ewige Harmonik nicht verstehen, wie aus seinen Büchern hervorgeht. Tolstoi hingegen kann man ohne seines Lebens zu einer Verflüchtigung seines geistigen Daseins, das ihm sinnlos und zwecklos erschien. Sehr geistreich war auch die Parallele, die Thomas Mann zwischen Schiller und Tolstojewski zog, die er Vertreter der reinen Idee bezeichnete.

**XX Der gestorbene Dichter.** Wie uns mitgeteilt wird, ist über Ernst Toller, der seine Selbstmord in Niederlande in Bayern abbaut, das Schreiben überhand genommen. Selbst wenn diese Maßregel in irgendeinem Paragrafen des Strafrechtsgesetzes begründet wäre, was sehr wenig wahrscheinlich ist, bedeutet sie in diesem Falle eine unerbittliche und unerbittliche Strafmessung. Einem Schriftsteller das Recht nehmen, geistig tätig zu sein, heißt ihn der Verwirklichung ausliefern. Falls in Bayern jetzt nicht ein neuer Kurs eintritt, der die Absicht zeigt, scheint es uns Sache der deutschen Schriftstellerverorganisation zu sein, mit aller Energie und Bestimmtheit gegen diesen Akt unbefriedigenden Mißbrauches vorzugehen.

Die illustrierte Wochenschrift  
**TECHNISCHE RUNDschau**  
liegt morgen früh dem Berliner Tageblatt bei.

# Gegen das unwahre Schlagwort vom „Dolchstoß der Heimat“.

Ein Artikel des Oberst Schwertfeger.

Überst Schwertfeger, der eine ausgesprochene Ausgabe der belagerten Dokumente veranlaßt und auch in mehreren anderen Büchern neuerdings die Schuldfrage in der Art ruhig sachlicher Darstellung behandelt hat, veröffentlicht im „Dolchstoß der Heimat“ einen Artikel über den angeblichen „Dolchstoß der Heimat“.

„Schlagwörter sind immer höchst gefährlich. Nur zu oft legen sie sich an die Stelle der Begriffe. Der Meinung der Massen zu schmeicheln, nicht verfehlen Artikel, folgen wir ruhig der richtigen Indolezen, kommen sie in verhängnisvoller Weise entgegen. Gerade, wo Begriffe fehlen, da stellt sich zur unrichtigen Zeit ein Schlagwort ein und wird um so begieriger aufgenommen, je sentimentaler es ausgelegt ist. Der „Dolchstoß der Heimat“ ist aus formalistischer Art herkommen eines englischen Generals über den deutschen Zusammenbruch berichtet worden. Er gehört meiner persönlichen Überzeugung nach zu den abelsten Erzeugnissen der Nachkriegszeit.“

Jeden Oberst Schwertfeger dankt in die Richtung der Frage eintritt, ob von einem „Dolchstoß“ gesprochen werden könnte. Hört er aus, daß Stefan Rosenber 1918 die in Deutschland ausgebrochene Revolution den Zusammenbruch des noch an der Westfront kämpfenden Heeres allein als vollendet habe. Nehme man aber nicht die Lage von Anfang November — wo das deutsche Heer nach dem Nittlingen der großen Offensive schon auf dem Rückzuge war, Osterrückzug und Aufgaren sich schon unterworfen hatten, sondern einen früheren Zeitpunkt, so ist die Sache ganz anders. Das ist die Frage, die Oberst Schwertfeger zu sprechen.

„Die große Offensive des Jahres 1918 folgte dem einzigen Weg zu einem baldigen Frieden. Sie wurde daher, schon weil sie aus dem Erlangung der Voraussetzungen hervorging, von den überwiegenden Mehrzahl der Frontkämpfer mit Freude begrüßt. Alles klar wurde, daß in diesen letzten Kämpfen des „armen Mannes“ gegen die mit allen Erfordernissen der Kriegführung verknüpfte, ausgeleitete Fronte in den Krieg eintritten. Die Stimmung um die „unerbittlichen“ Erörterungen, von denen auch August Winnig spricht, werden wirksam. Die von der Deutschen Regierung in den Krieg eintritten, die in der ersten Hälfte des Jahres 1918 aufgewungene Waffenstillstandsbedingung binnen kürzester Zeit nicht nur auf die Front, sondern vor allem auch auf die Heimat übertragen wurde, die wir die Besatzung des ganzen deutschen Volks mit hincitender Deutlichkeit zu spüren. Das ist die Ursache der schwersten Unterlassungsstände des ganzen Krieges gewesen.“

In der Tat: nachdem man dem Volke und dem Heere immer wieder erklärt hatte, die Reservarmeen des Generals Hoch seien völlig vernichtet, und nachdem diese Reservarmeen mit ihren anfangs verpörrten Tanks ununterbrochen herbeigeworfen und gegen die Pläne der vorgezogenen deutschen Reservarmeen hergestoßen waren, konnten man sich immer noch nicht entschließen, der Nation die Wahrheit zu sagen. Es ist völlig klar, daß nach all den Siegesaufwinden dann plötzlich die Stimmung umflutet, auch die Tätigste revolutionäre Agitatoren ausfindig werden mußte, als das so lange nur mit Optimismus gepredigt Volk die Schwere der Niederlage an der Westfront, den Rückzug der Truppen, den Rückzug der Reservarmeen erfuhr, und alles zusammenzuführen hätte. Oberst Schwertfeger ist der Meinung, daß es noch im Oktober 1918 nicht zu spät gewesen wäre, wenn man der deutschen Nation die wahre Lage enthielt und sich mit einem starken Appell an sie gewendet hätte. Oberst Schwertfeger schreibt:

„Der Westen ist ein Heer ganz Deutschland wieder ein ganz isolierter Staat. Das Volk leidet nicht nur körperlich, sondern auch geistig von der Hand in den Mund. Die Stelle der einst so stolzen Bevölkerung war in weiten Westkreisen einig der Wunsch nach einer möglichst baldigen Beendigung der Entgegensetzung und Kriegführung getrieben. Niemand aber zeigte den Willen, die Gefahren eines Unterwerfungskrieges, wie wir sie in grauenvoller Schwere nun haben erleben müssen. In Wahrheit der Sieg für 1918 fast verprochen worden, und viele Kreise glaubten noch an eine solche Möglichkeit, als bereits der in der letzten Stunde des Jahres 1918 der deutsche Kaiser zum Kaiser der Deutschen wurde. Klarheit über die wirkliche Lage ohne jede Schamhaftigkeit, manhaftest Entschluß zur Wahrheit, davon hat es gefehlt.“

Wir möchten diesen vortrefflichen, gerecht abwägenden Ausführungen nur noch eines hinzufügen. Vielleicht niemals war die Stimmung in Deutschland so hoffnungsvoll gewesen — so voll überpanter Hoffnung — wie gerade im Sommer 1918, nach den ersten trügerischen Erfolgen der Westoffensive. Man wird sich erinnern, daß damals sogar Politiker, die bis dahin sich demerion abgelehnt hatten, unter dem Eindruck dieser Stimmung sich gegen einen „Vergleichsfrieden“ aussprachen.

## Die Steuergesetze im Reichswirtschaftsrat.

### Antag Wiffel-Hilferding auf Entlastung der Soldwete.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat heute in die Generaldebatte über die neuen Steuergesetze eintraten. Geheimrat Schwarz eröffnete zunächst einen Gesamtbericht des Reparationsausschusses über die neuen Steuervorlagen, und weist nach, daß der Ausmaß bemerkt war, dem Staate das Verbleibende an Steuern nach dem Grundbesitz der Gesellschaft und des Ausgleichs gemäß der Vermögensverhältnisse und Einkünfte zu geben. Die Einkünfte bestanden auf einem Kompromiß, nach dem die Kriegsteuern, insbesondere die Landwirtschaf, schwere Lasten übernommen haben. Die Beschlüsse sind einstimmig gefaßt worden.

Ein dem Hause vorliegende Gesetzentwurf Wiffel-Hilferding lautet wie folgt: Die in der diesjährigen Einkommensteuer zu erhebbenden Steuererträge befristetlich sich lediglich mit der Aufbringung der Reparationslast im Innern. Eine restlose Lösung dieses Problems ist jedoch nicht erreicht worden. Auch wenn der Staat, würde das noch schwieriger Problem der Zahlung der Reparationslasten im Innern zu lösen, so würde ein Goldmarkt übrig bleiben. Soll die deutsche Wirtschaft nicht dauernden Schäden leiden, so kann die Deutschland obliegende Verpflichtung nur aus dem Überschüssen der Wirtschaft erfüllt werden. Dazu ist die Möglichkeit der Zahlungsbilanz erforderlich. Wie sie erreicht ist, mag die Höhe der Gesamtlasten bei der katastrophalen Finanzlage des Reiches eine Herausziehung der Gold- bzw. Sachwerte der deutschen Wirtschaft unermesslich. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat will beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit größter Beschleunigung und vorzüglicher Berücksichtigung der neuen Steuervorlagen durch die eingehenden Körperarbeiten einen Entwurf vorzulegen, durch welchen die Zahlung der Reparationslasten durch die Entlastung der Wirtschaft der Erfüllung der Reparationspflichten dienstbar gemacht werden kann.

Wiffel erklärte sich mit der Beweissung der Entlastung an dem Staat an sich einverstanden. Er gibt dann eine freudige darüber Ausdruck, daß auch die Arbeitgeber zu bereitwillig haben einverstanden genommen haben.







